

**Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/
Peeter Raane (Hrsg.)**



Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik

Zur Aktualität von Viktor Agartz

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/Peeter Raane (Hrsg.)
Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik
Zur Aktualität von Viktor Agartz

Reinhard Bispinck ist Leiter des Tarifarchivs des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Herbert Ehrenberg war von 1976 bis 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, lebt in Wangerland.

Christoph Jünke ist Historiker und Publizist, Vorsitzender der Leo Kofler-Gesellschaft, lebt in Bochum.

Franz Kersjes war von 1980 bis 1989 Vorsitzender der IG Druck und Papier und von 1989 bis 2001 Vorsitzender der IG Medien im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, lebt in Köln.

Michael Krätke lehrt Politologie an der Universität von Amsterdam.

Peeter Raane ist Vorsitzender des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Nordrhein Westfalen, lebt in Düsseldorf.

Thorsten Schulzen ist Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall in Frankfurt a.M.

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/
Peeter Raane (Hrsg.)

**Wirtschaftsdemokratie
und expansive Lohnpolitik**

Zur Aktualität von Viktor Agartz

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, und der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin.

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-282-6

Inhalt

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/Peeter Raane Vorwort	7
Christoph Jünke Viktor Agartz – seine Rolle und Bedeutung als Wissenschaftler, Gewerkschafter und Politiker	9
Franz Kersjes Ein Stück unaufgearbeiteter Geschichte des Kalten Krieges	23
Viktor Agartz und die Gewerkschaften	
Hans-Jürgen Urban Zwischen historischer Defensive und strategischer Neuorientierung	30
Viktor Agartz und die Revitalisierung der Gewerkschaften heute	
Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten Das Konzept der expansiven Lohnpolitik – eine kritische Würdigung aus heutiger Sicht	48
Herbert Ehrenberg Aktive Lohnpolitik	66
Viktor Agartz und die gewerkschaftliche Lohnpolitik in den 1950er und 1960er Jahren	
Michael R. Krätke Gelenkte Wirtschaft und Neue Wirtschaftsdemokratie	82
Viktor Agartz' Vorstellungen zur Neuordnung der Wirtschaft	

Dokumente

Günter Gaus

Viktor Agartz und die deutsche Linke 108

Beiträge von Viktor Agartz:

Sozialistische Wirtschaftspolitik (1946) 113

Rede auf dem SPD-Parteitag in Hannover

Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften (1950) 141

Expansive Lohnpolitik (1953) 151

Staat, Wirtschaft und gewerkschaftliche Lohnpolitik (1954) 158

Vortrag auf dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft

Chemie, Papier, Keramik in Köln

Wirtschafts- und Steuerpolitik (1954) 196

Rede auf dem DGB-Bundeskongress in Frankfurt a.M.

Quellenverzeichnis 241

Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/Peeter Raane

Vorwort

Am 13. Dezember 2007 organisierten das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) und die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW anlässlich des 110. Geburtstages von Viktor Agartz in seinem Geburtsort Remscheid eine gemeinsame Tagung, die mit mehr als 100 Teilnehmern eine breite Resonanz fand. Der vorliegende Band umfasst im Wesentlichen die überarbeiteten Beiträge dieser Tagung und dokumentiert darüber hinaus einige wichtige Schriften von Agartz, um diese wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Noch zehn Jahre zuvor wurde von Agartz' 100. Geburtstag selbst innerhalb der Gewerkschaften und der politischen Linken kaum Notiz genommen. Damals erinnerten weder öffentliche Nachrufe noch Gedenkveranstaltungen an den einstigen »Cheftheoretiker des DGB«. Das »Vergessen« von Agartz war symptomatisch für eine weit verbreitete Geschichtsvergessenheit, die wiederum selbst Ausdruck einer weitgehend ungebrochenen Hegemonie des Neoliberalismus war, die für Themen wie »Wirtschaftsdemokratie« und »expansive Lohnpolitik« keinen Platz ließ. Im Gegensatz hierzu schafft heute die offensichtliche Krise des neoliberalen Gesellschaftsprojekts wieder Raum für alternative Gesellschaftsentwürfe und macht entsprechende historische Fundstellen wieder interessant.

Das Vergessen von Agartz und die Ignorierung seiner politischen und ökonomischen Analysen begann allerdings schon Mitte der 1950er Jahre, nachdem seine Karriere als Leiter des WWI abrupt beendet und er innerhalb der Gewerkschaften immer mehr zur »Persona non grata« wurde. Erst mit der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre kam es teilweise zu einer Wiederentdeckung von Agartz, in deren Folge später einige seiner wichtigsten Schriften neu aufgelegt wurden.¹ Spätestens seit den 1980er Jahren beschränkte sich die Beschäftigung mit Agartz jedoch wieder vornehmlich auf kleine Fachzirkel, während die Gewerkschaften ihn weitgehend aus ihrem historischen Gedächtnis gestrichen hatten.

¹ Viktor Agartz, *Gewerkschaft und Arbeiterklasse* (Hrsg. von Lutz Ziegenbalg), München 1971; Viktor Agartz, *Wirtschaft, Lohn, Gewerkschaft: Ausgewählte Schriften* (Hrsg. von Volker Gransow und Michael Krätke), Berlin 1982; Viktor Agartz, *Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (Hrsg. von Hans W. Weitzen), Frankfurt a.M. 1985; Viktor Agartz, *Wirtschafts- und Steuerpolitik, expansive Lohnpolitik* (Hrsg. von Hans W. Weitzen), Berlin 1986.

Erst Ende der 1990er Jahre gab es innerhalb der Gewerkschaften erste vorsichtige Anläufe, sich mit dem Erbe von Viktor Agartz auseinanderzusetzen, was nicht zuletzt auch durch die zunehmende historische Distanz der beteiligten Akteure erleichtert wurde. So wurde 1998 auf dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen (HBV) mit großer Mehrheit ein Antrag angenommen, in dem gefordert wurde, »beispielhaft an der Person von Viktor Agartz aufzuzeigen, wie infolge des kalten Kriegs und der bewussten Teilungstendenzen Persönlichkeiten auch aus den Gewerkschaften verdrängt wurden, die sich diesem Trend verweigern wollten.«² Während das Projekt im Zuge der Fusion zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft zunächst in den Hintergrund rückte, organisierte der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg 2004 anlässlich des 40. Todestages von Agartz erstmals eine eigene größere öffentliche Veranstaltung. In der hierzu veröffentlichten Pressemeldung wurde bezogen auf den gewerkschaftlichen Umgang mit Agartz selbstkritisch festgestellt, dass »Intrigen, Ausgrenzung und dann Ausschluss ... die unrühmlichen Verfahrensweisen von Organisationen (waren), die sich nicht scheuten, einen ihrer besten Vertreter zu verleugnen und fallen zu lassen.«³ Gleichzeitig wurde im Hinblick auf die Gegenwart konstatiert, dass »in der jetzigen Zeitenwende ... zahlreiche Analysen und Thesen von Viktor Agartz aufs neue hochaktuell« sind und »zusammen mit ihrem Verfasser ... aus dem Vergessen geholt« werden sollen.⁴

In dem vorliegenden Band geht es neben der biografischen Erinnerung vor allem um eine kritische Würdigung von zwei für Agartz zentralen Themenstellungen, die mit den Begriffen »Wirtschaftsdemokratie« und »expansive Lohnpolitik« umschrieben sind. Die Auswahl der hier dokumentierten Agartz-Schriften konzentriert sich ebenfalls auf diese beiden Themenkomplexe. Damit wird selbstverständlich nur ein begrenzter Ausschnitt aus den umfangreichen Arbeiten von Agartz abgedeckt. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass dieser Band den Auftakt für eine weitere politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit Agartz bildet.

Düsseldorf, Oktober 2008

² HBV, Gewerkschaftstag 1998, Antrag Nr. 162 »Gewerkschaftliche Aufbereitung des kalten Krieges«. Der Antrag wurde mit nur zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

³ ver.di Berlin-Brandenburg, 40. Todestag des Gewerkschaftstheoretikers Viktor Agartz, Presseinformation Nr. 114 vom 8.12.2004.

⁴ Ebenda

Günter Gaus

Viktor Agartz und die deutsche Linke

Am bundesrepublikanischen Schicksal des Doktor Viktor Agartz lässt sich am besten ablesen, wie kurz es erst her ist, dass wir eine ungegliederte Nachkriegsgesellschaft waren, und wie schnell dann alles in unserem neuen Staat gegangen ist: die Gliederung in oben und unten, das Erstarren anfangs noch fließender Übergänge, das Fußfassen – und natürlich auch das Hinausfallen aus der wiederhergestellten Ordnung. Ein ganz und gar theoretischer Kopf, ist Agartz wohl kaum Feinschmecker genug, um die hintergründige Dramatik genießerisch zu empfinden, die seinen selbsterlebten Anekdoten aus der Frühgeschichte der Bundesrepublik innewohnt. Was wir waren und was wir sind, der Wandel vom schier unbegrenzten Interesse auch für den Andersdenkenden, von Neugier zur geistigen Selbstgenügsamkeit am eigenen Standpunkt, Agartz hat Geschichten genug, ihn zu belegen. Heute lebt der 64jährige unbeachtet und sogar verfehmt in einem hübschen Vororthaus bei Köln, vor nicht viel mehr als zehn Jahren war er häufiger Tischgast bei rheinischen Bankiers und Industriellen, in deren Häusern nach dem Käse die Gründe diskutiert wurden, die einen wohlhabenden Mann wie Viktor Agartz zum Sozialisten machen konnten. Neben Robert Pferdmeenges saß der Marxist in den Aufsichtsräten der wiedererstandenen Schwerindustrie; viel bewundert und noch mehr gefürchtet, galt er als der wichtigste Gegenspieler nicht nur Ludwig Erhards, sondern vielleicht auch Konrad Adenauers; die Schritte von sechs Millionen westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern wurden von ihm vorausgedacht.

Der hagere Mann mit dichtem grauem Haar, scharfen Zügen von den Nasenwinkeln zum Mund, schmalen Händen und ausgesucht guter Garderobe (als er noch der Ideologe des Deutschen Gewerkschaftsbundes war, verglichen ihn die Featureschreiber bevorzugt mit einem Aristokraten, weil er zu allem auch noch leicht gebeugt geht), er fühlt sich heute nicht nur von seinen alten Bekannten auf der Gegenseite gesellschaftlich gemieden. Agartz sieht sich auch publizistisch »völlig lahmgelegt« in einer Zeit, »in der man ununterbrochen grundsätzliche Artikel schreiben möchte«. Ende letzten Jahres ist die kleine Plattform zusammengebrochen, auf der er noch seine Thesen vom lupenreinen Marxismus verbreiten konnte, nachdem ihm die verschiedenen Organe der Gewerkschaften seit 1955 nicht

mehr zur Verfügung standen. Agartz musste Ende 1961 die Herausgabe seiner *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* einstellen, weil sie die Fuldaer Verlagsanstalt nicht länger drucken wollte. Womit wir beim Thema wären: bei dem Zwielficht nämlich, das über den Beziehungen Agartz' zu anderen linksorientierten Theoretikern und Praktikern in der Bundesrepublik und vor allem zur Regierung der DDR liegt. Agartz argwöhnt, dass ihm der Druck seiner Halbmonatsschrift *WISO* (eine Titelzusammenfassung der Wörter Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, die wohl nur aus der Verachtung des Theoretikers für das Begreifbare zu erklären ist) auf Betreiben konkurrierender Kräfte, die ebenfalls in Fulda drucken tauen, unmöglich gemacht worden ist; vielleicht sogar auf Wunsch Ostberlins, weil Agartz sich in *WISO* gegen die Friedensunion von Renate Riemack ausgesprochen hatte. Agartz: »Die DDR will jede selbständige marxistische Bewegung in Westdeutschland verhindern, weil sie auf Max Reimann und die KPD setzt.«

Wenn dem so ist, so sitzt Agartz nicht nur zwischen den westdeutschen Stühlen. Obwohl ihn der Verdacht, finanziell von Ostberlin ausgehalten zu werden, 1957 vor den Bundesgerichtshof führte, der ihn freisprach, begegnet Agartz der Entwicklung in der DDR tatsächlich mit starker Reserve. Für ihn sind die Kommunisten jenseits der Zonengrenze »Leute mit einem Bauchladen, die 500.000 Mark im Lotto gewonnen und schnell vergeudet haben, und heute wieder mit dem Bauchladen gehen«. Allerdings hat der marxistische Kritiker es immer abgelehnt, derlei Urteile öffentlich zu fällen; denn Fehler, die Kommunisten machen, sind in seinen Augen nur Abweichungen von der grundsätzlich richtigen Lehre, es sind also Fehler, deren Folgen immer noch viel richtiger sind als das Festhalten an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung des Westens.

Mit dieser Überzeugung musste Agartz zwangsläufiger als etwa Sethe und Wenger¹ zum bundesrepublikanischen Außenseiter werden: Während deren Kritik sich gegen spezielle Verhaltensweisen richtete, wollte Agartz von Anfang an das *grundsätzlich Andere*. Seine ohnmächtigen Analysen der bundesrepublikanischen Wirklichkeit enden daher stets mit der totalen Verdammung jener Erscheinungen unserer Industriegesellschaft, die nach dem Willen der westdeutschen Mehrheit nicht nur das Wirtschaftsle-

¹ Unter der Rubrik »Außenseiter« erschien in der Süddeutschen Zeitung eine Serie von Beiträgen, »in denen Publizisten porträtiert werden, die aus unterschiedlichen Gründen an der vorherrschenden politischen Meinung und Sitte in der Bundesrepublik Anstoß nehmen. ... Die ersten Beiträge beschäftigten sich mit Paul Sethe und Paul Wilhelm Wenger« (redaktioneller Vorspann, SZ vom 9./10./11.6.1962).

ben regeln, sondern das Fundament einer neuen Staatsgesinnung sein sollen: Betriebliche Sozialleistungen nennt Agartz »Industriefeudalismus«, mit dessen Hilfe eine neue Leibeigenschaft entsteht: Sozialpartnerschaft ist für ihn ein Trick, der das Bewusstsein der Arbeiter für ihre Abhängigkeit schmälern soll; Mitbestimmung ist für ihn die Umschreibung des Versuches, die Klassengegensätze zu kaschieren.

*

Dabei hätte der Remscheider Metallarbeitersohn alle Möglichkeiten gehabt, für seine Person die Klassenschranken zu übersteigen. Als Vorstandsmitglied der Kölner Konsumgenossenschaft 1933 entlassen, benutzte Agartz seine freie Zeit, das schwierige Gewerbe eines Wirtschaftsprüfers zu erlernen. In seinem neuen Beruf stieg er bis zum Direktor einer großen Treuhandgesellschaft auf. Erwiesenermaßen eine der besten Startpositionen für den Übertritt ins Management der großen Industriegesellschaften. Wenn Agartz die Chance einer Wirtschaftskarriere hätte ergreifen wollen, so wäre ihm vermutlich das gesellschaftliche Renommee seiner Frau, einer gutverdienenden Ärztin aus einer Offiziersfamilie, noch zusätzlich zugute gekommen. Indes: Der Marxist wollte nicht. Er begnügte sich mit dem privaten Rahmen eines Bürgers von der oberen Grenze des Mittelstandes, sammelte Erstausgaben staatsphilosophischer Werke und auch ein wenig erotische Literatur, pflegte seinen Garten – und bereitete sich 1945 auf den Anbruch des sozialistischen Zeitalters in Deutschland vor. Als Vertrauter des DGB-Gründers Hans Böckler war Agartz einer der geistigen Väter der Einheitsgewerkschaft, als Ratgeber Kurt Schumachers formulierte er die ersten wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Nachkriegs-SPD. Jahrelang hielten Böckler und Schumacher jede Woche einen Nachmittag für eine Konferenz mit Agartz frei. Die britische Besatzungsmacht berief ihn an die Spitze des Zweizonenwirtschaftsamtes; er benutzte seine Position zu einem scharfen Kampf gegen die Demonstrationen an der Ruhr und widersetzte sich allen persönlichen Vergünstigungen so lange, bis er mit Hungerödemen zusammenbrach.

*

Seinerzeit verschaffte sich Agartz intime Kenntnisse der westdeutschen Wirtschaftsverhältnisse – und gewann auch den Respekt so manches Ruhrmanagers. So unbeirrt er davon ausgeht, dass dem Kapitalismus bald die Stunde schlägt, so sehr hat er es doch genossen, der gute Bekannte kapitalistischer Prominenz zu sein. Viktor Agartz leidet an seiner Vereinsamung, wie nur ein Mann es kann, dessen ohnehin starkes Selbstbewusstsein sich verbunden hat mit dem Glauben, *eine Heilslehre verkünden zu müssen*. Den Höhepunkt messianischer Befriedigung erlebte er auf dem

Frankfurter Gewerkschaftskongress 1954, auf dem er als Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB beifallsumtost ein Kampfprogramm verkündete, von dessen Verwirklichung sich die Arbeiter höhere Löhne und Agartz gesellschaftliche Veränderungen erwarteten. Die Isolierung begann im nächsten Jahr. Im Zusammenhang mit ungeklärten Ostberliner Kontakten führender Männer des wissenschaftlichen Gewerkschaftsinstituts schied Agartz aus seiner Position aus, im März 1957 wurde er unter dem Verdacht unerlaubter Beziehungen zum kommunistischen Gewerkschaftsbund verhaftet, ohne dass ihm der Freispruch neun Monate später zu neuem Einfluss verhalf.

Im Gegenteil: Ende 1958 wurde Agartz auch aus der SPD ausgeschlossen. Die Tiefe des Sturzes und vor allem die Schnelligkeit, mit der die Schläge ihn trafen, haben Agartz bis zur gelegentlichen Schrulligkeit verändert – oder zieht er insgeheim Befriedigung aus seiner Überzeugung, nur scheinbar isoliert, in Wirklichkeit aber noch immer als gefährlicher Mann umlauert und bewacht zu sein?

Kein zweiter Außenseiter der bundesrepublikanischen Gesellschaft ist so folgerichtig an den Rand des Geschehens gedrängt worden wie Agartz: Die Stationen seines Niederganges vom Theoretiker der mitgliederstärksten Organisation Westdeutschlands zum Privatier, der unter den Studenten in Warschau bekannter ist als unter denen in Bonn oder Frankfurt, entsprachen der zunehmenden Unlust der westdeutschen Parteien, Verbände und Bürger an grundsätzlichen Konzeptionen. Das Stichwort *Entideologisierung* begann unter den Sozialdemokraten etwa zur selben Zeit – zögernd noch – umzulaufen, zu der Agartz aus der Partei ausgestoßen wurde. Als Fanatiker theoretisch fixierter Politik war er zum Fossil geworden. In Agartz' Augen hat sich die Sozialdemokratie im Souterrain jenes bürgerlichen Hauses dankbar eingerichtet (und einrichten dürfen), das sie einmal abreißen und durch einen Neubau ersetzen wollte: »Die spätkapitalistische Gesellschaft demonstriert vornehmlich ihre Liberalität bewusst in autoritär geführten Demokratien, wobei sie eine parlamentarische Opposition auf dem Boden ihres Systems dekorativ bevorzugt. Diese Rolle spielt heute die Sozialdemokratie. Da ihr das theoretische Rüstzeug einer sozialistischen Opposition fehlt, greift die Partei zu neoliberalen Argumenten, weil der Neoliberalismus der einzige bürgerliche Rest einer Opposition ist, der dem Staatsmonopolismus aber hoffnungslos gegenübersteht ... In einer autoritären Demokratie verbleibt der Sozialdemokratie keine andere Chance, als allein als Verwaltungshelfer anerkannt zu bleiben. Die Wahlergebnisse und die Stimmenzahlen dürfen über diese Machtlosigkeit nicht hinwegtäuschen. Da eine Parteienkonkurrenz

sozialistischer Observanz nicht vorliegt, kann die SPD die Wahlstimmen der Arbeiterschaft vorläufig noch monopolisieren.«

*

Den Anstrengungen anderer enttäuschter Sozialdemokraten, eine marxistisch-sozialistische Konkurrenzpartei zur SPD zu gründen, ist Agartz bisher mit Reserve begegnet. Er hält sich zwar als Theoretiker der deutschen Linken bereit, hat sich bisher aber noch niemals als Gründungsmitglied gewinnen lassen: Sein Pessimismus über die Möglichkeit, den westdeutschen Arbeiter mit sozialistischen Parolen zu erreichen, ist tief. Agartz: »Die Menschen über 40 sind geistig alle korrumpiert.« Das Heil seiner Lehre erwartet er sich mit der Unbeirrbarkeit des Gläubigen von den jüngeren Arbeitern, die nach seiner Meinung heute schon missvergnügt sind, weil sie sich innerhalb der Gesellschaft nicht genügend geachtet fühlen: Eine Behauptung, die durch einige demoskopische Untersuchungen bestätigt wird und auf die – interessant genug – auch rechtsradikale Politiker ihre Hoffnung setzen. Der verbitterte Mann rechnet nicht damit, dass die SPD den Weg zur Programmatik zurückfindet. »Es ist für alle bürgerlichen Parteien typisch, dass im gegenwärtigen Stadium des niedergehenden Kapitalismus der Mangel eines Programms nicht empfunden wird, weil sich das politische Handeln aus der Tagespolitik ergibt, jede grundsätzliche Analyse aber peinlich vermieden und umgangen wird. Die neuen Führungskräfte innerhalb der Sozialdemokratie sind in den bürgerlichen Wissenschaften erzogen, weshalb sie alle gesellschaftlichen Erscheinungen in gleicher Weise unkritisch zur Kenntnis nehmen wie die Vertreter der übrigen Parteien.« Das – wenigstens in Ansätzen – wiedererwachende Interesse der jüngeren Leute in den westdeutschen Parteien an programmatischen Thesen lässt Agartz bei dieser Sicht der Dinge unberücksichtigt: Das sichere Ende der westlichen Gesellschaftsordnung ist für ihn kein Diskussionsthema, sondern ein Glaubenssatz. Nicht mal mit sich reden lässt er auch über den Grund, den er nach Tisch den Bankiers und Industriellen für seine sozialistische Haltung nannte: dass nämlich nur im Sozialismus die wahre Freiheit herrsche. Sofern man der wahren Lehre anhängt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 9./10./11. Juni 1962

Viktor Agartz

Expansive Lohnpolitik (1953)

In einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft ist der Lohn in erster Linie Kostenfaktor wie alle Kostenarten, die bei der Warenherstellung oder -verteilung anfallen. Das Interesse der Produzenten ist darauf gerichtet, zu prüfen, zu welchen Kosten eine bestimmte Menge Waren hergestellt werden kann. Damit tritt privatwirtschaftlich die Mengen-Kostenbeziehung in den Vordergrund dergestalt, dass die Kosten an die Menge der erzeugten Waren als gebunden gesehen werden.

Diese betriebswirtschaftliche oder technische Beziehung von Mengen und Kosten entspricht für zahlreiche Kostenarten keineswegs der klassischen liberalen Vorstellung, da neben Bindungen durch die öffentliche Hand bei Tarifen, Energiekosten, Steuern, Zöllen u.a. gerade die Verkehrswirtschaft selbst eine Einflussnahme auf die Kosten durch Monopole, Kartelle, Markenartikel, Zinsen, Verbandsbeiträge und vieles mehr ausgeschaltet hat. Auch eine so wichtige Kostenart wie die Abschreibung hat durch Betriebsvergleiche und praktische Erfahrung inzwischen einen fast konstanten Charakter erhalten.

Einbrüche in das objektivierete Kostengefüge kommen von der Technik oder der Betriebswirtschaft, indem durch Arbeitsteilung, durch Verbesserung der Produktionsmethoden, durch Rationalisierung Wirkungen erzielt werden, die stufenweise den Kostenanfall degressiv beeinflussen. Die wissenschaftliche Betriebsführung, Vereinigungen zur Erforschung von Rationalisierungsaufgaben und Normierungen weisen in die gleiche Richtung.

Es lag nahe, den Lohn als Kostenfaktor gleichfalls an Merkmale des Betriebs zu binden, um ihn wie andere Kostenarten zu objektivieren. Einmal ist es die Produktivität – ein Begriff, der bis heute rein technisch verstanden wird –, die Kriterium sein soll für Änderungen der betrieblichen Lohnsumme, oder die Leistung, bei der eine »Normalisierung« als Ausgang einer Messung gedacht wird, zugleich aber zeigt, in welchem Ausmaß menschliche Tätigkeit als Sachgegenstand zu einer messbaren Größe genormt wird.

Ursprünglich war es Aufgabe der wissenschaftlichen Betriebsführung, den Wirkungsgrad betrieblicher Leistungen zu steigern und die Ökonomisierung des Betriebs wissenschaftlich zu untersuchen. Für Taylor hatte die Arbeit Warencharakter. Die Bezahlung des Arbeiters »habe sich nach

den Schwankungen des Arbeitsmarktes oder nach dem Marktwert der Ware Arbeit zu richten«. Für ihn gab es weder Grundsätze über den Lohn noch eine neue Lohntheorie.

Je mehr der Wettbewerb über den Preis an Bedeutung verlor und seine Stelle über die Rechenhaftigkeit der Selbstkosten durch den Kostenpreis ersetzt wurde, gewann die Koppelung des Lohnes an Leistungsmessungen an Bedeutung.

Das Verhältnis von Menge und Kosten hat für die Gewerkschaften in einer Verkehrswirtschaft – neuerdings wird sie Marktwirtschaft genannt – nur sekundäre Bedeutung. Die Gewerkschaften haben sich vornehmlich für die Frage zu interessieren, zu welchem Preis eine Warenmenge am Markt angeboten wird. Es interessiert sie primär, die Tauschrelation zu kennen, welche die Warenmenge in ihrer Verteilung auf den Konsumenten bestimmt.

Der Betrieb in klassischer Vorstellung, der als autonomes Gebilde sein wirtschaftliches Geschick selbst bestimmte, ist nicht mehr vorhanden. Heute ist der Betrieb Organ eines wirtschaftlichen Gesamtbereichs, in den er eingebettet ist und der sein Verhalten bestimmt. Diese Einwirkung von außen hat auch das objektivierte Kostenproblem relativiert. Wenn über den tatsächlichen Kostenanfall hinaus Risikozuschläge gerechnet werden, wenn »vorsichtig« kalkuliert wird, ist zu fragen, was echte Kosten sind und wieviel eine Ware tatsächlich gekostet hat. Diese Relativierung der Kosten beweist nur die Organstellung des Betriebs und den Verlust seiner Autonomie.

Wenn für die gewerkschaftspolitische Überlegung das Verhältnis von Warenmenge und Preis im Vordergrund steht, so ist einmal festzustellen, dass die Politik der Gewerkschaften keinen Einfluss auf den Preis hat. Ferner ist festzustellen, dass in der Gleichung von Menge und Preis beide Faktoren variabel sind. Von preistheoretischen Überlegungen her kann für die Gewerkschaften der Lohn kein Kostenproblem sein, sondern das wesentlichste Element der Einkommenspolitik und damit der Wirtschaftspolitik. Der Lohn ist im Rahmen von volkswirtschaftlichen Zielsetzungen zu sehen und ist in einer kapitalistischen Wirtschaft stets ein politischer Lohn.

Eine besondere Unterstreichung erfährt diese Betrachtung durch Änderungen in der Wirtschaftsorganisation und den diesen neuen organisatorischen Gebilden zugefallenen Aufgaben. Die nach dem Zusammenbruch neu gebildeten Wirtschaftsverbände und Fachorganisationen haben, vermutlich in Denkanlehnung an die von den Militärregierungen aufgelösten Wirtschaftsgruppen und Ringe, wirtschaftliche Funktionen übernom-

men, deren Umfang und Intensität berechtigen, von einer Politisierung der Wirtschaft zu sprechen. Ihre den Gesandtschaften vergleichbaren Interessenvertretungen am Sitze der Regierung gestatten es, wirtschaftliche Vorteile auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts, der Steuer- und Zollpolitik, für Subventionen und Preise wahrzunehmen, wobei das Verbands- oder Brancheninteresse geschickt mit dem Allgemeininteresse identifiziert wird. Umgekehrt findet es die staatliche Verwaltung bequem, sich des Rats dieser Vertretungen zu bedienen. Wirtschaftliche Erfolge von Betrieben sind oft weniger das Ergebnis eigener Anstrengungen als das Resultat von Verbandsarbeit. Der staatliche Ressortleiter wird nicht mehr als Beamter, sondern als Sachwalter der Verbandsinteressen gewertet. Auch das Parlament wird als Raum für wirtschaftliche Interessenvertretung betrachtet und demzufolge mit steigender Fachbesetzung entpolitisiert.

Ebenso bedeutsam wie die wirtschaftspolitischen sind die privatwirtschaftlichen Funktionen der Verbände, soweit sie die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder als gemeinsame und einheitliche Aufgabe wahrnehmen. Entgegen den Grundsätzen einer Verkehrswirtschaft wird ein Preiswettbewerb nur bejaht, wenn er sich zwischen Gruppen und Branchen, nicht aber von Betrieb zu Betrieb auswirkt. Handels- und Gewinnspannen werden kollektiv festgesetzt. Der »freie Markt« ist in die Sitzungszimmer der Verbände verlegt, an die Stelle des Einzelwettbewerbs ist ein Gruppenwettbewerb ohne ruinöse Tendenz getreten.

Diese Feststellungen könnten durch den Hinweis auf die Diskussion über die Kartellfrage ergänzt werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat wiederholt auf den Widerspruch zwischen dem theoretisierenden Dogmatismus des Neoliberalismus und der wirtschaftlichen Praxis verwiesen, ebenso ist seine Stellungnahme zur Kartellfrage bekannt.

Diesen strukturellen Prozessen der Organisation der Wirtschaft und ihrer Wirtschaftspolitik gegenüber ergibt sich die gewerkschaftlich notwendige Lohnpolitik von selbst.

Wenn die Landwirtschaft vom Gesichtspunkt ihrer Interessen höhere Preise fordert, wenn der Hausbesitz für sich eine Mieterhöhung als notwendig ansieht, wenn Handwerk und Handel zur Sicherung ihrer Existenz Forderungen anmelden, wenn Kraftverkehr und die Autoindustrie gegenüber der Bundesbahn aus ihrer Existenzlage aufbegehren, wenn Kohle, Eisen, Schrott usw. ihre jeweiligen Interessen herausstellen, so ist eine aktive Lohnpolitik für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Abstimmung mit den Interessen der Allgemeinheit nur insoweit anzuerkennen, als die Forderungen aller übrigen Teile der Wirtschaft mit dem Allgemeininteresse kollidieren.

Die Gewerkschaften sind ausschließlich Interessenvertretungen ihrer Mitglieder.

Der Hinweis auf mögliche Preissteigerungen oder gar inflatorische Wirkungen ist für eine aktive Lohnpolitik unberechtigt, wie etwa ein höherer Milchpreis oder eine höhere Miete berechtigt sein soll. Eine Inflation durch Lohnerhöhungen hat es in der Wirtschaftsgeschichte noch nicht gegeben. Es ist Sache einer Regierung, Preissteigerungen durch eine aktive Preispolitik zu mildern oder zu verhüten. Die gegenwärtige Lage der westdeutschen Wirtschaft macht eine dynamische Lohnpolitik zu einer zwingenden Notwendigkeit. Der Wiederaufbau und die Modernisierung der Betriebe nähern sich einer normalisierenden Investitionstätigkeit. In einem so genannten marktwirtschaftlichen System ist jede expandierende Wirtschaft von der Gefahr bedroht, dass die Nachfrage hinter dem Warenangebot zurückbleibt. Daher bedarf es einer Konjunkturpolitik, die sicherstellt, dass das volkswirtschaftliche Gleichgewicht gewahrt bleibt. Diese Konjunkturpolitik ist durch eine aktive Strukturpolitik zu ergänzen, um alle verfügbaren Arbeitskräfte und ihren Zuwachs zum Einsatz zu bringen. Sowohl für eine aktive Konjunktur- wie auch Strukturpolitik ist die Lohnpolitik das wichtigste Instrument.

Die Lohnpolitik darf nicht allein dynamisch, sie muss auch expansiv sein. Sie darf sich nicht damit begnügen, den Reallohn an die volkswirtschaftliche Entwicklung nachträglich heranzubringen. Sie muss versuchen, die wirtschaftliche Expansion von sich aus zu forcieren, um durch bewusste Kaufkraftsteigerung eine Ausweitung der Produktion herauszufordern. Die USA sind hierfür ein lehrreiches Vorbild. Eine expansive Lohnpolitik ist zugleich das wirksamste Mittel, die Betriebe laufend zu höherer Rationalität anzuhalten, die Produktivität zu steigern und damit die Lohnexpansion zu fundamentieren.

Tempo und Höhe der lohnpolitischen Forderungen haben sich in Anlehnung an die vorher skizzierte Gruppenkonkurrenz nach den jeweiligen Verhältnissen dieser Gruppen, Branchen oder Großunternehmen und ihrer strukturellen Fortschrittsrate zu orientieren.

Allgemein ist festzustellen, dass in den letzten Jahren der Lohnanteil an den betrieblichen Gesamtkosten rückläufig war und in besonders krassem Gegensatz zu internationalen Verhältnissen lag. Jede materielle Lohnfindung hat sich allein und ausschließlich nach den international erreichten optimalen Ergebnissen zu richten. Jede andere Bindung des Lohnes, mag es sich um eine Parallelschaltung mit einer so genannten Produktivität oder um Messungen handeln, ist abzulehnen. Undiskutabel ist eine Koppelung mit Indexziffern oder Vergleichsjahren einer rückliegenden Zeit.

Eine dynamische und expansive Lohnpolitik kann sich allein orientieren an einem steigenden Lohnanteil an den betrieblichen Gesamtkosten oder damit an einem Reallohn, wie er optimal international erreicht ist.

Dieser Forderung wird entgegengehalten, dass die ungünstige Kostenrelation zwischen Lohnkosten und allen übrigen Kosten zurückzuführen sei auf eine noch nicht ausreichende technische Ausstattung der Betriebe, letztere sich aber bei nicht vorhandenem Kapital vorerst nicht realisieren lasse. Diese Behauptung kann nicht bestritten werden, muss aber für die gewerkschaftliche Lohnpolitik irrelevant bleiben. In einer kapitalistischen Verkehrswirtschaft soll die Verantwortung für die Führung der Betriebe in der privatwirtschaftlichen Sphäre bleiben, damit auch die Verantwortlichkeit, die die Gewerkschaften selbst dann ablehnen, wenn sie in bestimmten Branchen ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung und Betriebspolitik beanspruchen.

Kapitalmangel ist keine Begründung für eine zurückhaltende Lohnpolitik. Man soll ökonomische Tatbestände nicht moralisieren, wenn in anderer Beziehung und bei rückläufiger Konjunktur gegebenenfalls zahlreiche Belegschaftsmitglieder durch Kündigung ihr Arbeitseinkommen verlieren.

Die nicht ausreichende Kapitaldecke hat in den letzten Jahren zu einer Selbstfinanzierung größten Stils geführt. Diese aus hohen Gewinnen zugeflossenen Mittel haben das Interesse der Öffentlichkeit geweckt und neben anderen Ursachen zwei Probleme in die aktuelle Diskussion gebracht, die auch heute noch aktuell sind, nämlich die »Gewinnbeteiligung« und das »Miteigentum«.

Wer ernsthaft zur Frage der Gewinnbeteiligung Stellung nehmen will, müsste zunächst den Begriff des Gewinns klären. In einer kapitalistischen Wirtschaft ist der Gewinn keine feststehende Größe. Der Gewinn hat lediglich Wahrscheinlichkeitswert; oft ist er eine vorher gewollte Größe. Selbst wenn der Gewinn begrifflich bestimmbar wäre, müsste der Anteil sämtlicher Produktionsfaktoren – Grund und Boden, Kapital und Arbeitskraft – an den Leistungen des betrieblichen Ergebnisses errechnet werden. Dieses Zurechnungsproblem ist mathematisch nicht lösbar.

Gegen die Gewinnbeteiligung sprechen zwei gravierende volkswirtschaftliche Überlegungen:

a) Der Ertrag ist ein Produkt aus Menge mal Preis. Die Leistung des Arbeiters geht nur in die Mengenkomponeute, da der Preis von anderen Faktoren bestimmt wird. Eine Gewinnbeteiligung kann Grund sein, die Preiskomponeute zu Lasten des Konsumenten besonders stark in den Vordergrund zu rücken.

b) Unbestreitbar ist, dass derjenige Betrieb, in dem eine Gewinnbeteiligung nicht möglich ist, unvergleichlich größer ist als der Teil der Unternehmungen, in denen eine Ertragsbeteiligung denkbar wäre. Der größte Teil von Beamten, Angestellten und Arbeitern wäre von einer solchen Entlohnungsart ausgeschlossen.

Eine Gewinnbeteiligung, die in den letzten hundert Jahren immer unter gleichen Bedingungen nur vorübergehende Aktualität besessen hat, dürfte gewerkschaftlich abzulehnen sein.

Unklarer ist die Frage des Miteigentums. Die Gewerkschaften sind daran interessiert, dass die Art und Qualität der Gebrauchsgegenstände jedes Arbeitnehmerhaushaltes mit den zivilisatorischen Errungenschaften Schritt halten. Sie wünschen für ihre Mitglieder Eigenheime, wachsende Sparguthaben und sämtliche Vorteile, die einem gehobenen Lebensstandard entsprechen und im Begriff des Vermögens Ausdruck finden.

Das diskutierte Miteigentum dürfte sich allein erstrecken auf Eigentum an Produktionsmitteln, also an Kapital. Auffallenderweise und auch natürlich wird bei Erörterungen dieses Problems stets an die Aktie gedacht, weil über dieses Wertpapier eine Realisierung eines solchen Anspruchs praktikabel erscheint. Übersehen wird allerdings, dass von den sechzehn Millionen beschäftigten Arbeitnehmern nur knapp zweieinhalb Millionen in Aktiengesellschaften Beschäftigung finden. Von der Aufbringungsseite her dürfte für alle sonstigen Arbeitnehmer das Miteigentum kaum lösbar erscheinen. Im Übrigen haben die Gewerkschaften bei Geltendmachung ihrer Forderungen auf Mitbestimmung immer darauf hingewiesen, dass der Kleinaktionär praktisch seines Verwaltungsrechts aus der Aktie verlustig geht.

Beide Fragen, Gewinnbeteiligung und Miteigentum, stehen, neben anderen Ursachen, in unmittelbarem Zusammenhang mit der exorbitanten Höhe der Investitionsrate der letzten Jahre. Die tatsächliche Größe dieses Kapitalzuwachses und ihre Optik haben entscheidend die Quantität der Diskussion beeinflusst.

Die Selbstfinanzierung der Betriebe erfolgt einmal über einen erhöhten Preis zu Lasten der Konsumenten und zugleich über einen zurückbehaltenen Lohn zu Lasten der beschäftigten Arbeitnehmer. Die Kapitalmarktverhältnisse werden auch für absehbare Zeit kaum eine Möglichkeit bieten, normale Finanzierungsmethoden über echte Kapitalerhöhungen, Hypotheken oder Anleihen zu gestatten. Der Weg der Selbstfinanzierung wird vorerst bleiben.

Es erscheint aber nicht vertretbar, dass die über den Preis und über den Lohn gewonnene Investitionsrate ausschließlich in das Eigentum der An-

teileigner übergeht und zugleich eine gesellschaftliche Schichtung entwickelt, die einer demokratischen Gesellschaftsordnung politisch nicht zum Vorteil gereicht.

Die Gewerkschaften haben nicht die Absicht, Betriebe zu erwerben oder diese zu verwalten und zu führen. Sie haben aber das Recht und die Pflicht, den in der Investitionsrate enthaltenen Lohnanteil für ihre Mitglieder zu beanspruchen. Es ist durchaus möglich, einen größeren Anteil der Selbstfinanzierung in Anleiheform umzuwandeln, ohne dass über diesen Weg ein betriebliches Eigentum gebildet wird, und ohne dass die Finanzierung der Unternehmen beeinträchtigt würde. Selbst über die Verzinsung und Amortisation ließe sich reden.

Es wird eine gewerkschaftliche Aufgabe des neuen Jahres sein, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

Quelle: Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung 1953. Expansive Lohnpolitik, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln, 6. Jahrgang, 1953, Heft 12, S. 245-247.